

den Eltern gemeinsam übertragen werden.“

Die Sache freilich schien wie geschaffen für eine bahnbrechende Entscheidung. Die Eltern waren wohlüberlegt „im Interesse ihrer gemeinsamen Kinder übereingekommen, deren Erziehung und die damit verbundene Verantwortung auch für die Zukunft gemeinsam zu übernehmen, so wie sie es in der Vergangenheit gehalten haben“. Sie besprechen seit der Trennung regelmäßig alle Erziehungsprobleme. Die Kinder, so der OLG-Beschluß, „leben in einem harmonischen Verhältnis zu beiden Elternteilen“ und wünschen, „daß beide nach wie vor gemeinsam verantwortlich für sie eintreten“.

Der Vater betreibt seinen kaufmännischen Betrieb in der Nähe der Wohnung, in der die geschiedene Frau mit den Kindern lebt. Er sieht die Kinder

lich der Paragraph 1671 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) galt als Hürde: „Die elterliche Gewalt soll in der Regel einem Elternteil allein übertragen werden.“

Die früher nach dem Gesetz gebotene Schuld-Scheidung war so auf das Bild heillos zerstrittener Eheleute fixiert, daß sich Gesetzgeber und Gerichte eine fortbestehende Elterngemeinschaft kaum vorstellen konnten. Wenn geschiedene Eltern gleichwohl Anträge auf gemeinsames Sorgerecht stellten, wurden sie landauf, landab abgeschmettert. So weigerte sich das Münchner Landgericht, einen Wunsch nach gemeinsamer Verantwortung überhaupt zur Kenntnis zu nehmen: „Ein wirksamer Vorschlag der beiden Eltern liegt nicht vor.“

Auch das Landgericht Köln votierte ausdrücklich für das „Alleinvertre-

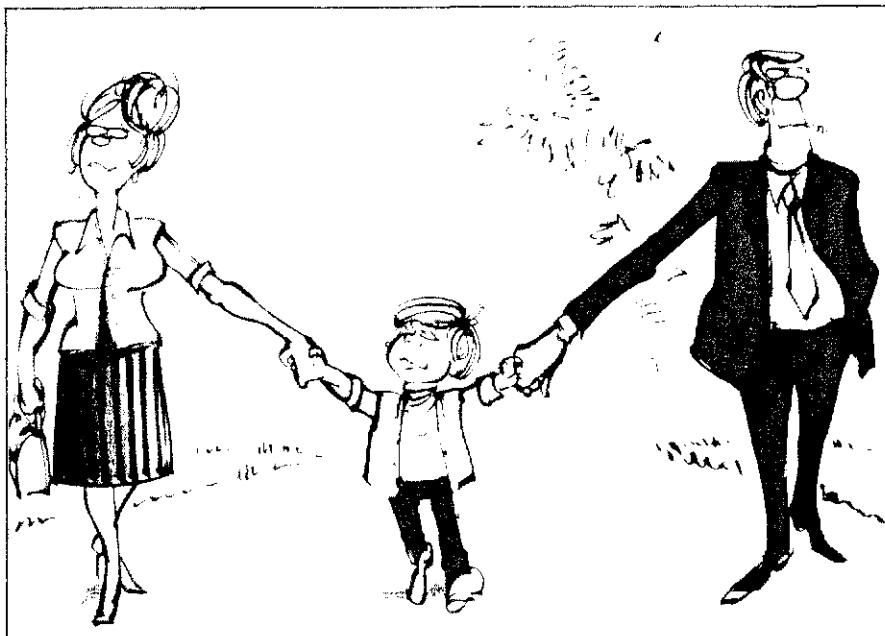
Schließlich, so betonte die Berliner Wissenschaftlerin in der „Familienrechtszeitschrift“, diene gerade die Übernahme gemeinsamer Verantwortung „dem vielzitierten, aber oft zur verbalen Pflichtübung erstarrten“ Begriff vom Kindeswohl. Ein Kind brauche nun einmal grundsätzlich Vater und Mutter, da nach den Erkenntnissen der Psychologie „jeder Elternteil eine komplementäre Rolle in der Familie“ inne habe.

Derlei Überlegungen machten sich die Düsseldorfer Oberlandesrichter zu eigen. Ihre juristische Interpretation: Der Gesetzestext besage, daß die elterliche Gewalt „in der Regel“ einem übertragen werden solle. Diese Formulierung lasse schon von der Wortwahl her Ausnahmen zu.

Zwar gehe das Gesetz zunächst einmal davon aus, „daß durch die Auflösung der Elternehe das Wohl der Kinder gefährdet ist und daß sich der Staat deren Interessen annehmen muß“. Wenn die elterliche Gewalt nur einem übertragen werde, so geschehe das, „damit das Kind aus den Spannungen der Eltern herausgehalten wird“.

Gleichwohl könne die Prämisse, „daß im Falle einer Scheidung üblicherweise Spannungen und Streit entstehen, nicht zur unwiderlegbaren Vermutung erhoben“ werden. Es sei auch durchaus möglich, daß sich die Eltern im Hinblick auf die Erziehung „eing sind und sich so verhalten, daß die Kinder von etwa bestehenden Uneinigkeiten und Spannungen nicht betroffen sind“.

Überdies bestimme das Bürgerliche Gesetzbuch auch, daß von einem gemeinsamen Vorschlag der Eltern nur abgewichen werden solle, wenn dies dem Kindeswohl entspreche. Und in dieser Vorschrift sieht das OLG ersichtlich ein Votum für den mündigen Bürger: Das Gesetz unterstelle damit, „daß in der Regel die Eltern auf das Wohl ihrer Kinder bedacht sind und sie am besten wissen, welche Lösung im Interesse ihrer Kinder die beste ist“.



„Können wir ein bißchen dichter spazierengehen, trotz eurer Scheidung?“

regelmäßig, sorgt für den Familienunterhalt und beabsichtigt, „den Kindern Gelegenheit zu geben, später in seinem Betrieb tätig zu werden“.

Aus allen diesen Umständen zogen die Oberlandesrichter den vernünftigen Schluß: Es sei nicht ersichtlich, daß durch die Übertragung des Sorgerechts an die geschiedenen Ehepartner den Kindern „Nachteile entstehen“. Im Gegenteil: Durch die gemeinsame Verantwortung beider Elternteile und die sich daraus ergebende Verpflichtung, zum Wohle der Kinder zusammenzuwirken, werde „dem nach einer Scheidung allgemein zu beobachtenden Zerfall der Familie am ehesten Einhalt geboten“.

Eine solche Interpretation, die sich in der Düsseldorfer OLG-Entscheidung so einleuchtend ausnimmt, hatte Deutschlands Vormundschafts- und Familienrichtern bislang unüberwindliche Schwierigkeiten bereitet. Nament-

lingsprinzip“. Die Kölner Richter hielten den Zuschlag an nur einen Elternteil für „durchaus sinnvoll“. Nichts hindere den Vater daran, so formulierten sie lakonisch, „im Einvernehmen mit der Mutter bei der Erziehung der Kinder mitzuwirken“ — ein Rat, der den einen, aber folgeschweren Unterschied zwischen Mitbestimmen und Mitwirken schlicht ignoriert.

Gegen solche starre Haltung regte sich in letzter Zeit vorsichtiger Widerspruch. So rügte die Berliner Assistenz-Professorin Franziska-Sophie Evans von Krbe die Tendenz solcher Urteile als „rechtspolitisch verfehlt“. Die Gesellschaft müsse eigentlich dankbar dafür sein, wenn Eltern im Scheidungsprozeß „so einsichtig und emotionsfrei sind, das Scheitern ihrer Ehe nicht auf das Verhältnis zu ihren Kindern zu übertragen“.

PRESSE

Unterbliebene Nachrichten

Basisgruppen und Linksjournalisten wetteifern in West-Berlin um die Herausgabe zweier überregionaler Tageszeitungen.

Die Bonner Republik: ein Land mit einer üppig gedeihenden Vielzahl an Tageszeitungen, eine Freistadt schwarz auf weiß gedruckter Meinungsvielfalt — das ist das Lagebild der westdeutschen Presseverleger. Und daß tatsächlich „innerhalb des deutschen Pressewesens eine relativ große Zahl“ von Blättern mit mannigfach getönter „politischer Färbung“ existiert,

hat ihnen vor Jahren das Bundesverfassungsgericht bescheinigt.

Doch der Befund ist längst umstritten. Denn: Pressekritiker zur Linken, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, aber auch manche Liberale, entdecken im Lesestoff vom Konstanzer „Südkurier“ bis zum „Flensburger Tageblatt“ eigentlich jeden Tag aufs neue ein „konservatives Übergewicht“. Und erst recht denen, die in der politischen Färbung gern ein kräftiges Rot enthalten sähen, erscheint der ganze Blätterwald als „weitgehende Uniformität“ einer lediglich „formalen Vielfalt“, wie sie vor Jahren von einem linken „Berliner Autorenkollektiv Presse“ beklagt wurde.

Von West-Berlin aus soll, wenn es nach zwei linken Projektgruppen geht, das Fehlende nun bundesweit beige-mischt werden. Ein Verein namens „Freunde der Alternativen Tageszeitung“ will Anfang kommenden Jahres den „alten Traum“ eines überregionalen linken Morgenblattes verwirklichen, dessen Titel noch gesucht wird. Und eine zweite Mannschaft hat sich schon auf das sechsmalige Erscheinen einer Alternative zur Alternative verständigt — Titel: „Die Neue“.

Die Konkurrenz der beiden roten Projekte entspringt nicht etwa einem progressiven Wettbewerbsdenken, sondern der guten, alten Linkssektiererei. Kaum hatten die alternativen Tunix- und Sponti-Freunde um den Berliner Anwalt Hans-Christian Ströbele Prospekte und 40 000 Spendenzahlkarten (im „Kursbuch“) für die „Utopie“ auf dem Frühstückstisch in Umlauf gebracht, zog der marxistische „Neue“-Kader mit einem Gegen-Aufruf im „Berliner Extra-Dienst“ nach: „Gelegenheitsschreiber, so gutwillig und aufrecht sie sein mögen“, könnten schließlich keine Zeitung machen.

Mag sein, daß die orthodoxe Konterredaktion recht behält. Denn mit Blatt-mache im herkömmlichen Sinn hat das, was sich in einem angemieteten Laden in der Berliner Suarezstraße 41 abspielt, wenig zu tun. Die zwanzigköpfige Ströbele-Truppe — Journalisten und Buchhändler, Drucker oder Sozialarbeiter — rückt da, gleich neben einem wilhelminischen Amtsgericht, bei schönem Wetter Tisch und Stühle vor die Tür und debattiert auf dem Trottoir über Drucktechnik und Geldquellen immer feste drauflos.

Für die Nullnummer Ende September solle man, schlägt einer vor, doch gleich eine Mark nehmen — damit sich die Genossen Leser beizeiten an den späteren Dauerpreis gewöhnen. Ströbele widerspricht locker, die 20 000 geplanten Erstexemplare müsse man für fünfzig Pfennig „rausschleudern, Geld machen wir damit sowieso nicht“. Kalkuliert wird weiter nicht, Spenden- und Abo-Sammlungen sollen ohnehin 1,5



Linkszeitungs-Planer (in West-Berlin)*: „Utopie auf dem Frühstückstisch“



„Die Neue“-Planer Guggomos: Überbau mit roter Färbung

Millionen Mark bringen, die halbe Mark ist beschlossen.

Unters Volk schleudern wollen die Utopieverkäufer neben News und politischer Diskussion „auch Informationen, die in der etablierten Presse nicht zu finden sind“ — Meldungen von der Linksszene, aus Bürgerinitiativen, aus Frauen-, Jugend- oder Betriebsgruppen.

Die Planer arbeiten daher mit einem Frankfurter „Informationsdienst zur

* „Freunde der Alternativen Tageszeitung“ vor ihrem Büroladen, Suarezstraße 41.

Verbreitung unterbliebener Nachrichten“ zusammen und setzen auf bislang 24 Initiativgruppen zwischen Kiel und Bad Schussenried — ein Potential von Leserreportern, wie sie, mehr oder weniger straff organisiert, auch DDR-Zeitungen oder Springers „Bild“ hilfreich sind. Zugleich wollen die Initiativler das Blatt an Kioske und Abonnenten bringen.

Bei der „Neuen“ dagegen will man, eng angelehnt an den seit elf Jahren erscheinenden „Extra-Dienst“ („ED“), alles viel professioneller machen als

Ströbeles ständig diskutierender, über redaktionelle Mitbestimmung zanken-der Haufen. „ED“-Chef Carl Luitpold Guggemos, vormals SPD, möchte 1,4 Quadratmeter täglichen Leseoffs für 15,50 Mark Monatsabo („FAZ“: 18,80 Mark) vertreiben, die Redaktion „einen konzentrierten, aber umfassenden Nachrichtenüberblick“ mit blattspezifischem Überbau kombinieren. Besondere Note: Mitarbeit von Leuten des „Dritte-Welt-Magazins“.

Ihre Zielgruppen auf dem Lesemarkt sehen beide Alternativ-Teams links von der „Frankfurter Rundschau“. Doch auch die kommt mit ihrem linksliberalen Kontrastprogramm, etwa gegen die führende „FAZ“ (298 000), nur auf eine überregionale Auflage von eben 45 000, die sie ohne ihren soliden Frankfurter Lokalumsatz (Regional-Auflage: 137 000) nicht finanzieren könnte.

Zudem haben die Berliner Linksrivalen mit ihrem Potential neuer kritischer Minderheiten, Undogmatischen wie Jungmarxisten, Atomgegnern und Fraueninitiativen, den Mißerfolg der SPD vor Augen, die einst — trotz einer Million Mitglieder und 16 Millionen Wählern — ein Imperium auflagestarker Zeitungen eingebüßt hat. Ob die heimlichen, weniger parteifrommen Vorbilder der Alternativler, „Libération“ in Paris und „Lotta Continua“ in Rom, da weiterhelfen können, ist fraglich.

Denn beide praktizieren das, was die Berliner Gründer der „etablierten Presse“ immer vorwerfen, aus linker Optik bis zum Extrem: das Weglassen von Fakten, die nicht ins Weltbild passen, Politik mit unterbliebenen Nach-richten.

UNTERNEHMEN

Richtige Schachtel

Der englische Zigarettenkonzern BAT arrondiert seinen deutschen Besitz. Nach dem Erwerb der Bodenbelag-Fabrik Pegulan sollen nun die Handels- und Gastronomie-Interessen vorangetrieben werden.

Horst Stützer, Top-Manager des britischen Zigarettenkonzerns BAT und Aufsichtsratschef des Düsseldorfer Warenhauskonzerns Horten, machte ein Sonderangebot: „Ich zahle Ihnen auf der Stelle 30 000 Mark, wenn Sie mir sagen, wer Horten kauft.“

Die Offerte ist, nach Ansicht von Insidern, nicht echt. Denn Frankfurter Bankiers glaubten die Antwort auf die Preisfrage in der vergangenen Woche bereits zu kennen: Stützer selbst sei Urheber der Börsen-Hausse um die kleinste der vier großen Kaufhausketten.

Im Juli wurden an den vier deutschen Aktienbörsen Frankfurt, Düssel-

dorf, Hamburg und München fast viermal soviel Horten-Papiere umgesetzt wie im gesamten letzten Jahr. In der vergangenen Woche wechselten allein am Dienstag und Mittwoch mehr Horten-Aktien den Besitzer als im ersten Halbjahr.

Daß hinter allem Stützer steckt, schließen Bankiers und Börsianer aus der bisherigen Aufkauf-Offensive des englischen Konzerns. Nachdem sich die Briten Ende der fünfziger Jahre das Ziel gesteckt hatten, das in seinen Wachstumschancen begrenzte Zigarettengeschäft durch den Vorstoß in neue Märkte abzusichern, übernahmen sie ein renommiertes Unternehmen nach dem anderen.

Aus den in den letzten zehn Jahren zusammengekauften Kosmetik-Firmen Yardley, Juvena und Germaine Monteil bauten die Tabak-Manager eine Schönheitssparte mit inzwischen über 450 Millionen Mark Jahresumsatz auf. Noch gründlicher stiegen sie ins Papiergeschäft ein. Bereits 1970 brachten sie die britische Renommier-Firma Wiggins Teape (Umsatz: über zwei Milliarden Mark) an sich; Mitte dieses Jahres boten sie dann für die US-Firma Appleton Papers aus dem Besitz des Elektronik-Unternehmens NCR umgerechnet 560 Millionen Mark — in bar.



BAT-Manager Stützer

„Ich zahle Ihnen 30 000 Mark ...“

Besonders interessiert zeigten sich die Großverdiener (Gewinn vor Steuern 1977: rund 1,6 Milliarden Mark) an florierenden Kaufhaus- und Supermarkt-Ketten. Mit rund 23 Prozent Anteil am 24,5-Milliarden-Umsatz ist die Handelssparte, neben dem Zigarettengeschäft, bereits die entscheidende Säule des Konzern-Baus. Kurz hintereinander brachten die expansionsfreudigen BAT-Manager 1972/73 in Amerika die Kohl Corporation mit 96 Supermärkten und die Warenhaus-Kette Gimbel Brothers mit 38 Filialen unter ihre Kontrolle.

Noch vor dem Sprung auf den US-Markt hatten die Hamburger BAT-Akquisiteure von ihrer Hausbank, der Dresdner Bank, den diskreten Hinweis erhalten, daß der mit dem deutschen Fiskus aneinandergeratene Exil-Milliardär Helmut Horten auch das letzte Viertel des von ihm gegründeten Warenhaus-Konzerns abstoßen wolle. Der Handel war schnell perfekt. Für rund 280 Millionen Mark brachten sie Ende 1971 ihren Neubesitz in ihre deutsche Führungsholding Interversa ein.

Eher unauffällig starteten die Hamburger unter dem Namen „Weinkrüger“ eine bundesweite Kette von rustikal-Weinlokalen. Die zur Zeit aus 19 Gliedern bestehende Krüger-Kette soll in den nächsten Jahren mit 125 Millionen Mark zu einer 70 Häuser starken Restaurant-Gruppe ausgebaut werden.

Auf ihrer Suche nach den Interessen kaufkräftiger Konsumenten (Stützer: „Die glauben wir zu kennen“) stießen die hanseatischen Zigarettenmanager (BAT-Marken: „HB“, „Krone“, „Kim“) schließlich auf eine neue Sparte. Weil der Wohnungskauf floriert und der Staat die Altbauusanierung großzügig subventioniert, scheint ihnen auch dieses Geschäft zukunftsfruchtig.

Wieder war die Dresdner Bank zu Diensten. Sie bot aus dem Nachlaß des vor einem Jahr gestorbenen Firmengründers und Strauß-Freundes Fritz Ries die Kapitalmehrheit (54 Prozent) des Frankenthaler Heimausstatters Pegulan an.

Knapp 50 Millionen Mark kostete am Ende die Pegulan-Mehrheit; weite-



BAT-Beteiligung Pegulan-Werke
... wenn Sie mir sagen, wer kauft“